

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884

1.12.1884 (No. 154)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-995770](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-995770)

Oldenburger Landeszeitung.

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Vierteljährlicher Abonnementspreis excl. Bestellgeld 2 M., mit Bestellgeld 2,40 M. Inseratenpreis für die 4spalt. Seite 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Redaction: Gaststraße 1. Expedition: Mottenstraße 1.

N^o 154.

Montag, den 1. Dezember

1884.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf die „Oldenburger Landeszeitung“ à 80 Pf., bei den Postanstalten à 82 Pf. angenommen.

Der Petroleumzoll.

Die Postdampfvorlage und die Bestrebungen der Reichsregierung, den überseeischen Niederlassungen deutscher Handelshäuser den Schutz des Reichs in umfassenderer und wirksamerer Weise als bisher zuzuwenden, ist in den Handelskreisen als das Symptom einer erfreulichen Wendung in der Handelspolitik des Reiches begrüßt worden. Das 1879 unter der Firma des Schutzes der nationalen Arbeit inaugurierte Schutzollsystem hat dem deutschen Handel schwere Wunden geschlagen und den Aufschwung desselben in empfindlichster Weise gehemmt. Jetzt endlich glaubte man, solle von diesen verhängnisvollen Einschränkungen, namentlich des Seehandels, Abstand genommen werden. Es hätte freilich viel näher gelegen, daß die Reichsregierung vor allem der Benachteiligung der Seehandelsplätze durch die Differentialtarife zu Ungunsten des Transits ein Ende machte. Aber wenn auf diesem Gebiete vorläufig noch keine Aenderung in Aussicht stand, so war die Handelswelt deshalb nicht unempfindlich gegen die zahlreichen und wiederholten Erklärungen der Reichsregierung, daß sie die Förderung des überseeischen Handels als eine der wichtigsten Aufgaben betrachte. Um so peinlicher war die Ueberraschung, welche ein kürzlich an den Bundesrat gelangter Antrag der Reichsregierung hervorrief, im Interesse der einheimischen Böttcherindustrie dem Petroleumhandel einen erhöhten Zoll aufzuerlegen.

Angeblieh handelt es sich freilich nur um die besondere Verzollung der Fässer, in denen das amerikanische Petroleum importiert wird. Die Bestimmung des Zolltarifs, daß Böttcherwaren mit eisernen Reifen einem Zollsatz von 10 Mark pro 100 Kilo unterliegen, kann sich der Natur der Sache nach nur auf solche Waren beziehen, die behufs Verwendung im Inlande aus dem Auslande eingeführt werden. Es liegt auf der Hand, daß niemand Petroleum importieren wird, um die Gefäße, mittelst deren der Import erfolgt, nutzbringend zu verwerten. Zudem unterliegen die Petroleumfässer auch jetzt schon dem Zoll, da für Tara ein Abzug nicht gewährt wird. Der Antrag des Reichskanzlers stützt sich darauf, daß von den Fässern, in denen Petroleum eingeführt wird, der Zollsatz für Petroleum, d. h. 6 Mark erhoben wird, während der Zollsatz für Böttcherwaren der bezeichneten Qualität 10 Mark beträgt. Finanzminister v. Scholz hat freilich

in der Sitzung des Reichstags vom 27. November darauf hingewiesen, daß ja nach den Beschlüssen des Bundesrats die Einfuhr von Petroleum auch in Eisternenschiffen, d. h. ohne Faß zulässig, daß es also möglich sei, die Erhöhung des Petroleumzolles, welche in der höheren Verzollung des Fasses liege, und die nach sachverständigen Berechnungen 1,40 bis 1,60 Mark pro Faß Petroleum, also 7 Prozent des Wertes der Ware, betrage, zu vermeiden.

Durch diese Behauptung aber setzt der Finanzminister sich in schroffen Widerspruch mit der Handhabung des Petroleumzolles, welche der Bundesrat ebenfalls auf Antrag des Reichskanzlers gegenüber der Einfuhr aus Rußland beliebt hat. Das russische Petroleum wird seit längerer Zeit fast ausschließlich in Eisternen- oder Tankwagen, d. h. ohne Faß importiert. Diese Art des Transports hat der Bundesrat für eine teilweise Umgehung des Petroleumzolles erklärt, weil bei der Bemessung desselben vorausgesetzt worden sei, daß der Import in Fässern geschehe und diese mit verzollt würden. Und darauf hin ist die Zollverwaltung ermächtigt worden, von dem in Tankwagen importierten russischen Petroleum einen dem durchschnittlichen Gewicht der Fässer entsprechenden Zuschlag zu erheben. Die Importeure von russischem Petroleum sind demnach bestraft worden, weil sie Petroleum ohne Fässer importierten; jetzt sollen die Importeure von amerikanischem Petroleum bestraft werden, weil sie Petroleum in Fässern importieren. Aber während die Art der Verzollung des russischen Petroleums den Zweck hatte, eine Verminderung der Einnahmen aus dem Petroleumzoll zu vermeiden, würde die Erhebung des Zuschlagszolls von den Fässern, in denen amerikanisches Petroleum eingeführt wird, eine Steigerung der Zolleinnahmen von 3 360 000 M. jährlich, d. h. eine entsprechende Erhöhung des Petroleumzolles, herbeiführen, da der Wert des leeren Fasses durch den höheren Zoll nicht erhöht wird, der Importeur sich also gezwungen sieht, den höheren Zoll auf das Petroleum zu schlagen.

Politische Uebersicht.

Dem Reichstage sind die üblichen Rechenschaftsberichte über die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Hamburg und Altona vom 1. Oktober d. bis 30. September 1885 zugegangen. Obgleich die bezüglichen Beschlüsse des Bundesrats vor dem 1. September gefaßt sind, motiviert die preussische Denkschrift dieselben mit dem Verhalten der Socialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen am 28. Oktober. Daß die Partei bei den Reichstagswahlen eine mehr gemäßigte Haltung eingenommen habe, wird gleichzeitig als „das Ergebnis rein taktischer Erwägungen“

und als „eine heilsame Wirkung der Ausnahmemaßregel“ bezeichnet. Die eigentlich anarchistische Gruppe, gegen welche das Socialistengesetz gerichtet sei, beteilige sich an den Wahlen überhaupt nicht, aus dem Anwachsen der für die Socialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen abgegebenen Stimmen ließen sich daher weder für die Entbehrlichkeit noch gegen die Wirksamkeit der durch das Gesetz von 1878 den Regierungen anvertrauten Vollmachten Argumente herleiten. Weiter wird konstatiert, daß die socialreformatrischen Vorlagen der Regierung den Vorwand für eine sehr rege Agitation der Partei, die letzten Stadtverordnetenwahlen aber die Gelegenheit zur „Bildung eines fast die ganze Stadt umfassenden Netzes von sogenannten Arbeiterbezirksvereinen mit thätigkeitsmäßig socialdemokratischer Tendenz“ gegeben hätten. (Minister v. Buttiker gesteht also jetzt seine Däpierung ein.) Auch die sog. „gemäßigte Richtung“ betrachte die gewaltsame Lösung der socialen Frage als „die mit Naturnotwendigkeit früher oder später zu erwartende Entwicklung der Dinge.“ Im 1. Quartal d. sind 17, im 2. 15 öffentliche Versammlungen wegen des aufreizenden Inhalts der Reden verboten worden; die socialistische Presse, namentlich der „Socialdemokrat“ fand eine zahlreichere Verbreitung. Die in Desterreich, England, Rußland und Frankreich, sowie die in Frankfurt a./M., Stuttgart, Straßburg und Elberfeld begangenen Verbrechen, die Gleichartigkeit der Bestrebungen der deutschen und der ausländischen Socialdemokratie ließen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit beinahe schon zur Tagesordnung gehören und auch in Berlin der Boden für solche Störungen schon vorbereitet sei.

Wenn auch die Regierung noch keine Vorschläge darüber gemacht hat, in welcher Weise das Defizit im Etat gedeckt werden solle, so ist doch an Steuerprojekten schon jetzt kein Mangel. Herr v. Wedell-Malchow hat den Geschäftsteuerentwurf des Bundesrats aus der letzten Session mit konservativer Etikette versehen und auf den Tisch des Reichstages niedergelegt; Febr. v. Malgahn-Gülz hat bereits die Notwendigkeit einer Erhöhung der Getreidezölle dargelegt, ohne auf Widerspruch im Lager der Regierungspartei zu stoßen. Ganz am Schluß der Donnerstags-Sitzung des Reichstags nahm auch der preussische Finanzminister das Wort und bemerkte u. a., es sei leicht die Mittel aufzubringen, nicht nur um das Defizit zu beseitigen, sondern auch um notwendige Ausgaben zu bestreiten. Man möge nur bedenken, was im Reiche für Rauchen und Trinken ausgegeben werde. Nach der Ansicht des preussischen Finanzministers steht also die höhere Besteuerung des Tabaks und

Feuilleton.

Aus einer kleinen Stadt.

Novelle von A. Koller. (Fortsetzung.)

Hiernach wird man sich die unmutige Stimmung der jungen Frau, von welcher wir Kunde waren, einigermaßen erklären können. Ihrer Natur nach ein durchaus gutartiges Wesen, war sie doch zugleich die Tochter ihres elterlichen Hauses in der Residenz. Vor einem Jahr etwa hatte man sie dort in die Welt eingeführt, und die Tage dieses Jahres hatten nur eine ununterbrochene Kette wechselnder Festfreuden gebildet, und Anna war vermöge der Stellung ihres Vaters und der Führung, welche dieser seinem Hause gegeben, von einer Festfreude zur anderen, von Vergnügen zu Vergnügen gegangen, ohne daran zu denken, daß dieses leichte, aber stets abwechselnde Leben jemals aufhören könne. Die Stunden, welche sie teils leichten häuslichen Berrichtungen, teils der Musik und der Lektüre widmete, — ja, diese Stunden vermochte sie auch in ihrer neuen Heimat in gleicher oder doch ähnlicher Weise wie früher auszufüllen; aber was sollte sie mit dem übrigen, d. h. dem größeren Teile des Tages anfangen? Sonst hatte sie mit der Mutter über Toilettefragen sich beraten, Einkäufe gemacht, Besuche empfangen und erwidert, mit den Schulfreundinnen manches Stündchen verplaudert, Gesellschaften aller Art, Bälle, Konzerte und, wenn einmal von alledem nichts auf dem Tagesprogramm stand, das Theater besucht. Dies immer abwechselnde Leben hatte ihr jede Stunde des Tages ausgefüllt — und nun? Einmal hatte sie's versucht, mit Johannes Georgius darüber zu beraten, ob sie ein grau- oder ein braunseidenes Kleid anlegen sollte, — die Frage war nach ihrer Meinung gar nicht von unbedeutender Wichtigkeit; denn es handelte sich um die Toilette für die abzustattenden Antrittsbesuche; — aber Johannes Georgius hatte ihr in einer wohlgefügten Rede auseinandergesetzt, daß der Eigentümer des Familienhauses mit beartigen „Kleinigkeiten“

nicht behelligt werden dürfe. Konzerte und Theater gab es nicht. Bälle standen für diesen Winter, wie ihr als etwas besonders Erfreuliches in jedem der Häuser, in welchen sie mit ihrem Manne Visiten gemacht, mit nachdrücklicher Betonung erzählt worden war, für diesen Winter vier in sicherer Aussicht, nämlich Klubbälle, zu welchen auch die Familien der meist adeligen Gutsbesitzer aus der Umgegend erscheinen würden. Vier Klubbälle, — das war eine schöne Aussicht für die verwöhnte Tochter der Residenz, welche im vorigen Winter in den besten Kreisen der Hauptstadt allwöchentlich zwei bis drei Bälle besucht hatte und eine der bevorzugtesten Tänzerinnen gewesen war. Und wie stand es mit der Familie, bei denen sie mit Johannes Georgius Besuche gemacht hatte? Diese hochwichtige „Umgangsfrage“ erschien der jungen Frau noch trostloser als die Ballfrage, und diese Ansicht war leider nicht ohne Grund. Was in einer kleinen Stadt „die Gesellschaft“ oder „die erste Gesellschaft“ genannt wird, enthält oder enthält doch zu jener Zeit in jenem Landesteile unseres Vaterlandes sehr viele Elemente, welche für eine fein gebildete Dame aus der Residenz ebenso wenig paßten, wie Braumbier als Getränk zu Trüffelpasteten oder Hummerfajal paßt. Da waren die Frauen und Töchter der sogenannten „größeren Kaufleute“, d. h. derjenigen Kaufleute, deren jährlicher Geschäftsgewinn denjenigen ihrer weniger gut situierten Kollegen um eine größere oder geringere Summe übertraf; da waren die Herren Senatoren, angesehene und meist vermögende Bürger, welche viel Vertrauen genoßen und gewiß verdienten, — Johannes Georgius mochte mit dem einen oder dem anderen dieser Herren eine Partie Whist spielen; aber die Damen dieser Herren, die kaum jemals über den zehnteiligen Umkreis der kleinen Stadt hinausgekommen waren, hatten bei jenen flüchtigen Besuchen nur von Haushaltungsangelegenheiten geredet, — nein! das war kein Umgang für die junge Dame aus der Residenz. Dann freilich gab es noch die Beamten- und Offiziersfamilien. Hier war es an und für sich möglich, sein erzogene und gebildete Damen zu finden; aber das Schicksal wollte, daß der Chef des Verwaltungsamtes das Haus voll kleiner Kinder hatte, welche

die Mutter, sonst eine lebenswürdige Frau, fast unausgesetzt an das Haus fesselten; die beiden ältesten Töchter aber, etwa im gleichen Alter wie Anna, waren abwesend, die eine vollendete ihre Erziehung in einem schweizer Pensionate, die andere erlernte die Führung des ländlichen Haushaltes auf einem benachbarten Gute. Was dann die Justiz betraf, so war der eine der Herren Amtsrichter Junggeselle, der andere gehörte mit seiner ganzen Familie jenen überfrommen, pietistischen Kreisen an, welche jedem weltlichen Vergnügen fern bleiben. Von dem Kronprinz-Gusaren-Regiment lag nur ein Teil in der kleinen Stadt; die hier garnisonierenden Offiziere waren meist unverheiratet, und bei den wenig zahlreichen Damen dieses Kreises hatte Anna nichts weniger als ein freundliches Entgegenkommen gefunden, sie glaubte sogar, eine ziemlich deutliche Zurückhaltung wahrzunehmen zu haben. Als sie Johannes Georgius hierauf aufmerksam machte, blinzelte dieser sie mit seinen kleinen, nußbraunen Augen schalkhaft an, nickte mit dem Kopf und sagte lächelnd:

„Ja, Kind, das darfst Du den Damen nicht übelnehmen; sie können wohl kaum anders.“

Anna erbat sich eine nähere Erklärung, und nun gestand Johannes Georgius, daß er ein Mitglied des dem Landesherren äußerst verhassten „Nationalvereins“ und mithin, obgleich im übrigen politisch recht unschuldig, in den Kreisen von Offizieren und nach rascher Beförderung strebenden Beamten nicht gerade beliebt sei.

Waren die geselligen Verhältnisse hiernach für die junge Frau von vornherein schon trostlos genug, so hatte sie selbst, freilich ohne es zu wollen, ihre Stellung gleich in den ersten Tagen wesentlich verschlechtert. Bei jenen mehrerwähnten Antrittsbesuchen nämlich hatte man sie in fast jedem Hause, das sie betreten, befragt, wie ihr die neue Heimat gefalle, und ob sie die Residenz nicht zu sehr vermisse. Die Siebzehnjährige war nicht weltflug genug, um auf diese Fragen sofort zu antworten, daß sie die kleine Stadt reizend und „gemütlich“ finde, und daß diese „Gemütlichkeit“ ihr mehr wert sei als „die rauschenden, aber kalten“ Vergnügungen der Residenz. Statt dieser weisen Antwort hatte sie jeder

der geistigen Getränke an erster Stelle unter den Mitteln zur Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs; auch noch über den augenblicklichen Bedarf hinaus zu Gunsten der Einzelstaaten. Man kann sich demnach von dem Steuerbouquet, mit dem der Reichstag sich zu beschäftigen haben wird, schon jetzt eine ziemlich deutliche Vorstellung machen. Nach der Berechnung des Reichskanzlers giebt es im Reichstage nur 157 Abgeordnete, die Konservativen und Nationalliberalen, die darnach streben, Kaiser und Reich zu erhalten. Alle übrigen kämpften entweder, wie das Centrum für „die Herrschaft der Geistlichen“ oder wie die „Demokraten“ — zu denen der Reichskanzler die Freisinnigen, die Volkspartei und die Socialdemokraten rechnet — für ihre eigene Herrschaft. Wäre diese Klassifikation zutreffend, so würde das Schicksal aller Steueranträge besiegelt sein. Die Erklärung, welche Herr v. Franckenstein im Namen des Centrums abgegeben hat, enthält keine Andeutung über die Stellung der Partei zu neuen Steueranträgen. „Soweit es nur immer möglich ist“, hält das Centrum es für seine Pflicht, zu verhindern, daß die Finanzen der einzelnen Bundesstaaten durch sehr hohe Matrikularbeiträge in Unordnung gebracht werden, und deshalb will es neuen Ausgabepositionen oder Erhöhung bestehender nur dann zustimmen, wenn der Nachweis absoluter Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit erbracht werden kann. In der That hat das Centrum, welches im Jahre 1879 die neuen Zölle nur unter der Voraussetzung der Franckensteinschen Klausel, d. h. die Ueberweisung der Mehreinnahmen aus denselben an die Einzelstaaten, bewilligt hat, ein sehr lebhaftes Interesse daran, zu verhindern, daß den letzteren das, was sie in der Form von Herauszahlungen empfangen, in der Form von Matrikularbeiträgen wieder abgenommen wird. Im Uebrigen ist dem Centrum die höhere Besteuerung der Börse und die Erhöhung der Getreidezölle durchaus sympathisch. Seine Stellung unterscheidet sich von derjenigen der „Kaiserlichen“ nur dadurch, daß das Centrum die durch jene Steuern erzielten Mehreinnahmen zur Steuerreform in den Einzelstaaten, in Preußen vor allem zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen, verwendet wissen will. Und das ist nur möglich, wenn das Defizit im Etat für 85/86 durch Herabsetzung der Ausgaben beseitigt wird. Auf der andern Seite steht die freisinnige Partei auch heute noch der Reform der Zucker- und Branntweinsteuer im Sinne der Erhöhung der Einnahmen sympathisch gegenüber; aber insoweit es sich nicht lediglich um die Wiederherstellung der finanziellen Bedeutung namentlich der Zuckersteuer handelt, nur unter der Voraussetzung, daß die Steigerung der Steuererträge auf der einen Seite die Aufhebung der die breite Masse der Nation unverhältnismäßig drückenden Steuern auf notwendige Lebensmittel auf der andern Seite ermöglicht. Auch für die freisinnige Partei ist demnach die Balancierung des Stats ohne neue Steuern Voraussetzung für Steuerreformen.

Bekanntlich hat die Reichsregierung auf Veranlassung des Reichstages eine Impfkommision einberufen, an deren im kaiserlichen Gesundheitsamt unter Vorsitz des Geh. Regierungsrates Köhler abgehaltenen Beratungen die hervorragendsten Medizinalbeamten Deutschlands und eine Anzahl weiterer Sachverständiger, darunter auch mehrere Impfgegner, teilgenommen haben. Die Arbeiten der Kommission, deren Sitzungen am 30. October begonnen hatten, sind nunmehr in Gestalt einer Reihe von Beschlüssen und Entwürfen an den Bundesrat gelangt. Dieselben enthalten zunächst folgende „Beschlüsse, betreffend den physiologischen und pathologischen Stand der Impfsfrage.“

1) Das einmalige Ueberstehen der Pockenkrankheit verleiht mit seltenen Ausnahmen Schutz gegen ein nochmaliges Befallenwerden von derselben. 2) Die Impfung mit Vaccine ist imstande, einen ähnlichen Schutz zu bewirken. 3) Die Dauer des durch Impfung erzielten Schutzes

gegen Pocken schwankt innerhalb weiter Grenzen, beträgt aber im Durchschnitt zehn Jahre. 4) Um einen ausreichenden Impfschutz zu erzielen, sind mindestens zwei gut entwickelte Impfpocken erforderlich. 5) Es bedarf einer Wiederimpfung nach Ablauf von zehn Jahren nach der ersten Impfung. 6) Das Geimpftsein der Umgebung erhöht den relativen Schutz, welchen die einzelne gegen die Pockenkrankheit erworben hat, und die Impfung gewährt demnach nicht nur einen individuellen, sondern auch einen allgemeinen Nutzen in Bezug auf Pockengefahr. 7) Die Impfung kann unter Umständen mit Gefahr für den Impfling verbunden sein. Bei der Impfung mit Menschenlympe ist die Gefahr der Uebertragung von Syphilis, obwohl außerordentlich gering, doch nicht gänzlich ausgeschlossen. Von anderen Impfschädigungen kommen nachweisbar nur accidentelle Wundkrankheiten vor. Alle diese Gefahren können durch sorgfältige Ausführung der Impfung auf einen so geringen Umfang beschränkt werden, daß der Nutzen der Impfung den eventuellen Schäden unendlich überwiegt. 8) Seit Einführung der Impfung hat sich keine wissenschaftlich nachweisbare Zunahme bestimmter Krankheiten oder der Sterblichkeit im allgemeinen geltend gemacht, welche als eine Folge der Impfung anzusehen wäre.

Ein folgender Beschluß behandelt die allgemeine Einführung der Impfung mit Tierlympe, welche allmählich durchzuführen ist und zu welchem Zwecke unter Zuhilfenahme der bisher gewonnenen Erfahrungen von Aerzten geleitet und entsprechend kontrollierte Anstalten zur Gewinnung von Tierlympe in einer dem voraussichtlichen Bedarfe entsprechenden Anzahl zu errichten sind. Weitere Vorlagen enthalten Entwürfe von Vorschriften, welche von den Aerzten bei der Ausführung des Impfgeschäftes zu befolgen sind, von Verhaltensvorschriften für die Angehörigen der Impflinge, und von Vorschriften, welche von den Ortspolizeibehörden bei der Ausführung des Impfgeschäftes zu befolgen sind. Ferner hat die Kommission ausgearbeitet: Beschlüsse, betr. die Sicherung einer zweckmäßigen Auswahl der Impfarzte, deren Bestallung darin der Staatsbehörde übertragen wird, welche auch die Remuneration der Impfarzte zu bestätigen hat; Beschlüsse, betreffend die technische Vorbildung der Aerzte für das Impfgeschäft; Beschlüsse, betreffend die Anordnung einer ständigen technischen Ueberwachung des Impfgeschäftes durch Medizinalbeamte, und endlich Beschlüsse betreffs Herstellung einer Pockenstatistik, welche das kaiserliche Gesundheitsamt mit dem ihm von den Medizinalbeamten im Zusammenwirken mit den Landesbeamten einzusendenden Material verfassen wird.

Der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat seinen ersten Schritt zur tatsächlichen Besserung der Zustände gethan, aus denen die Trunksucht ihre giftige Nahrung saugt, indem er beim Bundesrat und Reichstag die Reform der Schankgesetzgebung beantragt. Er legt ihnen dafür eine Art Programm vor, dessen Haupttendenz Verminderung der über das Maß hinaus vermehrten Gelegenheiten und Versuchungen zum Schnapsstrinken ist. Die Zahl der Schnaps vertreibenden Wirtschaften und Läden soll zu den Einwohnermengen der Gemeinden in ein festes Verhältnis gebracht werden, indem das Reich eine höchste Verhältniszahl festsetzt, innerhalb deren die Staaten und preussischen Provinzen die Schranke noch enger ziehen mögen. Als Korrelate dieser die überbleibenden Schankwirte und Ladeninhaber begünstigenden Maßregeln werden verlangt: eine Schankabgabe an die Gemeinde und verschärfte Aufsicht über den Schankbetrieb, die in demselben die Baarzahlung, sowie die Haltung von Speisen und harmlosen Getränken, Reinheit und mäßige Stärke des Branntweins obligatorisch macht, Betrunkene aber und Kinder von demselben ausschließt; mit anderen Kleinhandlungen soll Schnapsvertrieb in Zukunft nicht mehr verbunden und in dem Rechte zur Gastwirtschaft nicht ohne Weiteres die allgemeine Schankbefugnis enthalten sein, endlich werden wirksam verschärfte Strafen für unbefugten Branntweinschank gefordert und ein Notgesetz vorgeschlagen, das zunächst die weitere Zulassung von Schnapschänken und Läden unterbricht.

Fragestellenden ihr übervolles Herz ausgeschüttet, hatte die neue Heimat für „schrecklich“ und die Sehnsucht nach der Residenz als mit jedem Tage wachsend bezeichnet. Damit hatte sie jeder eingeborenen Kleinstädterin eine persönliche Beleidigung zugefügt, und schon in der nächsten Kaffeegesellschaft wurde das Urteil gefällt, daß Johannes Georgius, der doch unter so vielen braven Mädchen die Wahl gehabt, ein hochmütiges vergnügungssüchtiges Weltkind heimgeführt habe. Dann war es sehr übel bemerkt worden, daß Anna, als man ihr Gegenbesuche machen wollte, diese Besuche in der Regel nicht angenommen, sondern, wie solches im elterlichen Hause häufig geschehen, sich hatte verleugnen lassen. Als man aber erfuhr, daß zu derselben Zeit, wo einige Damen, welche Gegenbesuche abtatten wollten, abgewiesen worden waren, daß zu dieser selben Zeit der Besuch des Barons Linsberg von der jungen Frau angenommen sei, — da wurde im nächsten Kaffeetränkechen Johannes Georgius wegen seiner unüberlegten Wahl allgemein bedauert, umso mehr als man aus den Mitteilungen der Schaumbachischen Magd entnehmen zu dürfen glaubte, daß die junge Frau und der Baron schon von der Residenz her mit einander bekannt seien. Welch ein reiches Feld für die Zungen der Damen der kleinen Stadt! Die eine warf den Ball in die Höhe; „bekannt“, rief die eine; die nächste warf den Ball zurück; „wie bekannt?“ fragte sie mit scharfem Tone; „wie nahe bekannt?“ gegenfragte die dritte; „gewiß sehr nahe bekannt“, versicherte mit dem Tone der Gewissheit die vierte. Ob sie dessen sicher sei? ward mit Spannung gefragt; — ein Aehselzucken und: „Ja sonst wäre dies stundenlange Pöte-à-töte ja geradezu skandalös!“ „Freilich! freilich! unabweisbar! es konnte nicht anders sein.“ Und auf einmal stand es fest, unumstößlich fest: Baron Linsberg und Frau Doktor Schaumbach waren mit einander nahe bekannt; von jener Zeit her, da der Baron in der Residenz gestanden; ja man wußte sogar ganz genau, auf welche Weise diese nahe Bekanntschaft entstanden war; nämlich durch den Bruder der jungen Frau, welcher ein Kamerad und treuer Freund des Barons gewesen. Was konnte na-

türlicher sein, als daß dieser Bruder seinen Freund im väterlichen Hause einführte, daß der Baron bald Hausfreund dort wurde; „und“, setzte man hinzu, „wie lange wird es dauern, so ist der Baron auch Hausfreund bei Johannes Georgius und dessen Frau aus der Residenz.“

(Fortsetzung folgt.)

Singvereins-Konzert.

Es ist aufgefallen, daß unser Singverein zu seinem ersten dieswintertlichen Konzerte, am 29. November, zwei Werke ein und desselben Tonmeisters gewählt hat, nämlich „die erste Walpurgisnacht“ und „Lobgesang“ von Mendelssohn. Sowohl die hohe Bedeutung beider Werke als die vollständige Verschiedenheit derselben in Charakter, Inhalt und Form rechtfertigt diese Wahl. So war auch, wie vorauszusetzen, der Besuch des Konzertes ein höchst erfreulicher. Die Götische Dichtung der „Walpurgisnacht“ ist wohl so allgemein bekannt, daß wir einer näheren Darlegung derselben uns überheben fühlen können; die musikalische Illustration derselben, wie sie im bezeichneten Konzerte zur Erscheinung trat, möchte daher vorzugsweise der Berichterstatter zu unterwerfen sein. Mendelssohn, der zartfühlende und formstrenge Meister, hat in der „Walpurgisnacht“ ausnahmsweise ein Werk geschaffen, das nur durch freiere Formen den realistisch-fantastischen und teilweise romantisch-dramatischen Inhalt der Dichtung ausdrücken konnte. Wie sehr dies Mendelssohn gegliedert ist, beweisen die vielen mit ungeteiltem Beifall prägnanter Aufführungen des Werkes. Schon die Duettüre drückt in prägnanter Weise den Uebergang vom Winter zum Frühling aus, der erste Chor „Es lacht der Mai“, nimmt, wenn wir im Wagnerischen Sinne sprechen dürfen, das Frühlingstimotiv, welches sich am Schluß der Duettüre ankündigt, auf. Einzelstimmen und Duettchor fordern das Volk zur Verehrung Altwaters auf, eine alte Frau warnt unter Hinweisung auf die christlichen Ueberwinder zur Vorsicht, worauf man sich zur Auffstellung von Wachen und zu dem Teufelsjuch entschließt, der die christlichen Söldner verschleichen soll. War der Chor der Wächter und des Volkes „Bereit euch, wackre Männer, hier — und wacht hier im Stillen“ durch das heimliche Klüßern schon höchst charakteristisch, so trat doch Charakter, Kraft der Fantasie und Farbenreichtum in der Orchesterbegleitung bei dem folgenden Chore „Kommt mit Tadeln und mit Gabeln“ in so drastischer Weise zu Tage, daß den Hörer wohl ein leichtes Gruseln überkommen mußte. Die christlichen Wächter fliehen unter Angstgeschrei und die Druiden und das Volk sehen ihre Feier fort unter weihenollem Gesange „Die Flamme reinigt sich vom Rauch; so reinigt unsern Glau-

Der Bericht des Schatzamtes der Vereinigten Staaten besagt, daß während des mit dem Juni abschließenden Rechnungsjahres im Vergleich zu dem vorausgegangenen Rechnungsjahre die Einnahmen (in Folge der Zollermäßigungen) um 50 Millionen und die Ausgaben um 21 Millionen abgenommen haben.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. November.

— Die Kaiserin wird Montag hier zurück erwartet. Montag findet beim Kronprinzen eine größere Soirée zu Ehren der Bevollmächtigten zur Kongo-Konferenz statt.

— Die Nachwahlen im V. und IV. Berliner Reichstagswahlkreise sind auf den 12. Dezbr. anberaumt.

— Herr Stanley wird, der „Kreuz.“ zufolge, anfangs nächster Woche von hier abreisen, da er versprochen hat, in Schottland 9 Vorträge über Centralafrika zu halten. Er gedenkt jedoch, nachdem er seinen Verpflichtungen nachgekommen, noch zu den weiteren Beratungen der Konferenz wieder hier einzutreffen.

— Aus Kiel meldet man der „Voss. Ztg.“: „Der vor einigen Tagen zur Disposition gestellte Kapitän zur See Starke tritt in türkische Dienste und ist zum Generaladjutanten des Sultans ernannt.“

— Eine Extranummer der „Stat. Corr.“ enthält die vorläufigen Ernteergebnisse des Jahres 1884 in Preußen auf Grund der Oktoberermittelungen. Man konnte schon nach der ersten provisorischen Zulieferung annehmen, daß die Ernte in diesem Jahre bedeutend besser sein würde, als sie im vergangenen Jahre war; diese Annahme ist durch die zweite nach Beendigung der Ernte stattgehabte Erhebung bestätigt worden, wenn auch in den verchiedenen Landesteilen herrschende Regenmangel im Herbst die Ernte der Hackfrüchte ungünstig beeinflusst hat.

Ausland.

Wien, 29. November. In dem Prozesse gegen die Anarchisten Hübler, Hofastik und 18 Genossen wegen einer geheimen Druckerpresse respektive wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung, Religionsstörung und Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung wurden 2 Angeklagte freigesprochen, die übrigen wurden zu schweren Kerkerstrafen in der Dauer von 3 bis zu 12 Jahren verurteilt.

Paris, 29. Nov. Der Ministerrat beschloß, die Getreideimportsteuer um 2 Francs zu erhöhen. Die Gesamtsteuer einschließlich des schon bestehenden Satzes von 60 Centimen beträgt demnach 2 Francs 60 Centimen. — Frau Clovis Hugues wurde nach dem Frauengefängnisse Saint-Lazare gebracht, indeß ihr Gatte auf freien Fuß gesetzt ist. Derselbe hat im Verein mit seinem Advokaten Maître Gatineau um die provisorische Freilassung der Verhafteten nachgesucht, was ihnen aber von dem Untersuchungsrichter verweigert wurde. Die hiesigen Blätter nehmen sehr Partei für die Heroine des Tages, während sich im Publikum eine weniger enthusiastische Strömung geltend macht und hervorgehoben wird, daß eine derartige Selbsthülfe doch unter keinen Umständen zu rechtfertigen wäre. Man glaubt, daß die Angelegenheit, da die Tatsachen vollkommen klar liegen, in allernächster Zeit schon vor die Geschworenen gelangen wird. Das unglückliche Opfer, Morin, ist noch nicht tot, doch haben die Aerzte alle Hoffnung aufgegeben, ihn zu retten.

— Eine aus Hongkong heute bei „Lloyd's Bureau“ eingegangene Depesche meldet, daß am Bord des französischen Kriegsschiffes „Alouette de Genonilly“ auf Formosa ein Kessel explodiert sei. 13 Personen wurden getötet.

Petersburg, 29. November. Der Kaiser und die Kaiserin haben nach mehrtägigem Aufenthalt die Stadt wieder verlassen und sich nach Gatschina zurückbegeben. —

ben zc.“ — So schwer die Aufgabe für Chor, Orchester und Soli war so wurde dieselbe doch in glücklichster Weise gelöst.

Der folgende „Lobgesang“ (Symphonie-Kantate), ein Gelegenheitswerk, zur Feier des 300jährigen Jubiläums der Buchdruckerkunst geschrieben, zerfällt in zwei Hauptteile, deren erster eine dreifache Symphonie enthält, deren zweiter aus der Kantate besteht. Man ist allgemein der Ansicht, daß es für beide Teile vorzuziehen sei, sie getrennt zu geben, teils wegen des zu großen Umfangs des ganzen Werkes, teils wegen der Verschiedenheit des Inhalts und der Ausdrucksformen. Sehen wir davon ab, so müssen wir das ganze Werk als ein hoch bedeutendes anerkennen. Die Symphoniesätze sind reich an charaktervollen Motiven, an interessanten Durchführungen, im zweiten Satze sogar auf eine höchst wirksame Weise verbunden mit einer chorartigen Melodie, und an Tiefe der Empfindung. Die Kantate enthält nach biblischen Worten tief eindringliche Chöre und Soli. Wir nennen u. a. den erhebenden Chor „Alles was Odem hat, lobe den Herrn“, das tief bewegende Duett mit Chor „Ich harcte des Herrn“, das vorzüglich gelungene Tenorsolo, von Herrn Dietrich aus Bremen musterhaft vorgelesen, „Stride des Todes“ — mit dem Angest in der Finsternis „Güter, ist die Nacht bald hin?“ Im hellen, freundlichen Dur, den höchsten Effekt des ganzen Werkes bildend, erfolgt vom Sopran die Antwort „Die Nacht ist vergangen, der Tag herbeigekommen“. Der Choral „Nun danket alle Gott“ hält diesen Effekt fest. Die Finsternis der unnen Trübsal ist überwunden, der Lobgesang „Ihr Völker bringet her dem Herren Ehre und Macht“ hebt an und schließt mit einer erhebenden Fuge, der sich noch das Eingangsthema zu den Worten „Alles was Odem hat, lobe den Herrn!“ anschließt und welches so dem Ganzen einen einheitlichen Abschluß gewährt.

Die Aufführung selbst gelang mit Ausnahme einiger Schwankungen im Sopran vortrefflich, Präzision und Frische der Chöreinsätze, deutliche Aussprache und Deklamation, namentlich der Männerstimmen, zeichneten den Chor aus, exakte und diskrete Begleitung läßt sich dem Orchester nachrühnen, dem allerdinge einige Violoncelli zur Verstärkung und Berdeutlichung der Kontrabässe fehlten; unter den Solisten gewann ungeteilt den Beifall der ausgezeichnete Tenorist Herr Dietrich aus Bremen; aber auch unsere Dilettanten, die in freundlicher Weise die übrigen Solistenpartien übernommen hatten, insbesondere die Sopranistin Frl. Mendel und der Bassist Herr Stammer verdienten in reichem Maße den Beifall, der ihnen vom Publikum geweiht wurde. Herr Hofkapellmeister Dietrich kann mit den Leistungen sämtlicher Mitwirkenden ebenso zufrieden sein, wie wir mit seiner festen und umsichtigen Direktion. S-r.

